



**KRIMINALSTATISTIK 2008**

# Kein Grund zur Entspannung

**2008 ist die Zahl der von der Polizei erfassten Straftaten in Nordrhein-Westfalen auf 1 453 203 Fälle gesunken, ein Rückgang um 2,8 Prozent. In einzelnen Bereichen gab es hingegen Zuwächse, vor allem bei der Jugendkriminalität und bei Übergriffen auf Polizeibeamte. Bei der besonders wichtigen Gewaltkriminalität lag die Zahl der Straftaten – trotz des leichten Rückgangs im vergangenen Jahr – zudem noch immer deutlich über der zum Ende der neunziger Jahre.**

Für die GdP ist der Rückgang der Gesamtkriminalität in NRW ein Beleg für die engagierte Arbeit der Polizei. Das gilt vor allem für die erneut gestiegene Aufklärungsquote. Sie lag 2008 bezogen auf alle Straftaten bei 49,3 Prozent. Bei Mord und Totschlag lag sie sogar bei 96,6 Prozent, bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung bei 77,8 Prozent und bei schwerer Körperverletzung bei 81,3 Prozent. „Das zeigt“, erklärte der GdP-Vorsitzende Frank Richter nach der Veröffentlichung der Kriminalstatistik 2008, „dass die Polizei in Nordrhein-Westfalen sehr professionell arbeitet“. Dennoch dürfe der leichte Rückgang der Kriminalstatistik im vergangenen Jahr nicht überbewertet werden. „In wichtigen Kriminalitätsbereichen gab es 2008 sogar Zuwächse. Eine Entwicklung, die wir ernst nehmen müssen“, betonte Richter.

Der Grund für diesen scheinbaren Widerspruch: Ein erheblicher Teil der in die Kriminalstatistik einfließenden Straftaten sind Bagatelldelikte. Diebstähle mit geringem Schadenswert, kleinere Sachbeschädigungen und zum Beispiel Beleidigungen. 660 000 der knapp 1,5 Millionen im vergangenen Jahr in NRW begangenen Straftaten entfielen alleine auf Diebstähle. In 94 000 Fällen ging es um Ladendiebstahl, bei 97 000 Straftaten um gestohlene Fahrräder. Hohe Fallzahlen gibt es auch bei den Sachbeschädigungen (173 000), bei der Beleidigung (41 000) und bei Straftaten gegen die öffentliche Ordnung (26 000). Sinkt in einem dieser Bereiche die Zahl der Straftaten deutlich – 2008 ging allein die Diebstahlskriminalität um 5,5 Prozent zurück – wirkt sich dies zwangsläufig auch in einer sinkenden Kriminalstatistik aus. Das bedeutet aber noch nicht, dass es auch zu einem Rückgang bei der für die

vergangenen Jahr begangenen Gewaltdelikte noch immer um fast 25 Prozent über dem Wert zum Ende der neunziger Jahre. „Hier muss das Land entschiedener handeln“, fordert Richter.

Handlungsbedarf sieht die GdP auch in Bezug auf die zunehmende Jugendkriminalität. Die Zahl der Jugendlichen und Heranwachsenden, die mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sind, ist 2008 in NRW um 2,0 Prozent gestiegen, auf 140 138 Tatverdächtige. „Es reicht nicht, wenn Innenminister Wolf den Rückgang aller Straftaten um 2,8 Prozent als Erfolg feiert, den negativen Trend bei den Heranwachsenden aber verharmlost“, erklärte Richter. Zudem müsse die Politik dem Problem der landesweit mehr als 1000 jugendlichen Intensivstraftäter mehr Aufmerksamkeit schenken. Inzwischen gibt es zwar in einzelnen Städten Vorzeigeprojekte, die durch eine enge Verzahnung von Polizei, Justiz und kommunalen Ämtern eine schnelle Reaktion auf die Rechtsbrüche heranwachsender Intensivstraftäter ermöglichen, wie zum Beispiel das „Haus der Jugend“ in Köln, aber diese Projekte sind noch immer die Ausnahme. In vielen Städten vergeht nach wie vor viel zu viel Zeit, bevor die Straftaten Heranwachsender geahndet werden. Jugendliche Straffälligenkarrieren werden so eher verfestigt statt aufgebrochen.

Sorge muss aus Sicht der GdP auch der erneute Anstieg der Gewalttaten gegenüber Polizeibeamten machen. Hinter der in der Statistik ausgewiesenen Zahl der „Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte“ verbergen sich zwar nicht nur Übergriffe gegen Polizisten, sondern zum Beispiel auch Übergriffe auf Gerichtsvollzieher, die eine Wohnung räumen wollen, aber inzwischen gehören Gewalttätigkeiten gegenüber Polizisten in nahezu jeder Großstadt zum Alltag. Auch hier fordert die GdP bereits seit langem ein entschiedeneres Gegensteuern des Staates. Die GdP fordert, dass in den als schwierig eingestuften Stadtteilen die Polizeipräsenz deutlich erhöht wird, um ein weiteres Absacken



Sicherheit der Bürger entscheidenden Zahl der Gewaltdelikte wie Mord und Totschlag, gefährliche Körperverletzung und sexuelle Nötigung gekommen ist.



Zwar gab es auch hier 2008 einen leichten Rückgang gegenüber dem Vorjahr (siehe Grafik), dennoch liegt die Zahl der im

→ Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

einzelner Quartiere zu verhindern. Gleichzeitig müsse die Politik alle Beteiligten an einen Tisch bringen. Stadtverwaltung und Arbeitsagenturen, Sozialverbände und Kirchen, Migrantenverbände und lokale Unternehmen – und die Polizei. Denn mit polizeilichen Mitteln allein lässt sich die Gefahr der Entstehung rechtsfreier Räume nicht abwenden. Zwar gibt es auch hier erste erfolgversprechende Ansätze, unter anderem in Duisburg, Essen und Köln, aber das Problem lässt sich nicht auf einzelne Städte begrenzen. Die GdP fordert deshalb mehr Initiativen von der Politik. „Der erneute, sprunghafte Anstieg der Gewalttätigkeiten gegenüber Polizeibeamten zeigt, dass es in vielen Städten noch immer eine Kultur des Verdrängens der realen Situation gibt“, warnt Richter. Und dabei geht es nicht nur um den Schutz der Polizisten, sondern um den Schutz der Gesellschaft. „Denn wenn wir es zulassen würden, dass in unseren Städten Gebiete mit einem geringeren Schutz für die hier lebenden Menschen entstehen, würden wir diese Stadtteile aufgeben“, warnt Richter.

## **POLIKS könnte eine Alternative sein**

Beliebt war das bei der Polizei in NRW benutzte Vorgangsbearbeitungssystem IGVP noch nie. Zu kompliziert, zu unkomfortabel bei der Vernetzung unterschiedlicher Bearbeitungsvorgänge – so lautet noch die harmloseste Kritik. Inzwischen gilt das IGVP als hoffnungslos überaltert. Selbst einen Systemausfall schließen DV-Spezialisten nicht mehr aus. Auf der Suche nach einer Alternative hat eine Arbeitsgruppe der GdP Mitte März zwei Tage lang das Berliner Vorgangsbearbeitungssystem POLIKS (Polizeiliches Landessystem für Information, Kommunikation und Sachbearbeitung) auf Herz und Nieren geprüft – und für gut befunden. Nach Meinung der GdP muss das neue Vorgangsbearbeitungssystem alle Belange der polizeilichen Arbeit berücksichtigen. Um die Arbeitsabläufe zu erleichtern, sollte das System einzelne Module für die unterschiedlichen Anforderungen bei der Polizei bereithalten, die alle aus den gleichen, einmal eingegebenen Daten gespeist werden. Notwendig ist deshalb neben dem eigentlichen Vorgangsbearbeitungsmodul ein eigenes Asservatenmodul, ein Tatortmodul, ein Gewahrsamsmodul, ein ED-Modul, ein

KTU-Modul, ein PKS-Modul, eine elektronische KpS (Kriminalakte) sowie ein Modul für den polizeilichen Meldedienst und eins zur Vereinfachung der Verkehrsunfallbearbeitung.

Weil nicht alle Polizeibeamtinnen und -beamten die gleichen Module für ihre Tätigkeit benötigen, muss das System die Einstellung individueller Eingangsmasken ermöglichen. Das Anlegen von Favoriten könnte die Auswahl und den schnellen Zugriff bei der Bearbeitung von wiederkehrenden Delikten erleichtern. Zudem fordert die GdP, dass die wichtigsten Daten auch vor Ort abgerufen werden können, damit die in einem Einsatz befindlichen Kolleginnen und Kollegen alle für die Einsatzbewältigung relevanten Daten erhalten. Dazu sollen auch Laptops genutzt werden können, um so die Möglichkeit für eine Tatortaufnahme und für erste Vernehmungen vor Ort sicherzustellen.

Nach Ansicht der GdP erfüllt das Berliner Vorgangsbearbeitungssystem POLIKS diese Voraussetzungen. Es könnte auch für die Polizei in NRW eine interessante Alternative sein.

Mehr Infos: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)

## **Wortbruch**

Die Landesregierung und die sie tragenden Landtagsfraktionen von CDU und FDP haben in Sachen Beamtenbesoldung jetzt die Katze aus dem Sack gelassen.

Entgegen allen vorherigen Zusagen des Ministerpräsidenten Rüttgers wird der Tarifabschluss nicht zeitgleich und ohne Abstriche auf die Beamtinnen und Beamten in NRW übertragen.

Erneut wird der Beamtenschaft ein Sonderopfer zugemutet. Die für den Tarifbereich vereinbarte Einmalzahlung von 40 € soll bei den Beamten gänzlich entfallen und der Sockelbetrag, um den das Grundgehalt erhöht wird, soll um 20 € gekürzt werden.

Das ist Wortbruch und Besoldungsbetrug zugleich!

Wortbruch, weil Ministerpräsident Rüttgers bei mehreren Anlässen das Versprechen abgegeben hat, den Tarifabschluss 1:1 für den Beamtenbereich zu übernehmen.

Besoldungsbetrug, weil die Politik mit plumpen verbalen und rechnerischen Tricks versucht, den Betroffenen einzu-

reden, die Beamtinnen und Beamten würden durch diese Kürzungen lediglich mit den Tarifbeschäftigten gleichbehandelt.

Für wie dumm müssen uns eigentlich die politisch Verantwortlichen halten, um anzunehmen, dass auch nur eine Beamtin oder ein Beamter auf die Rosstäuscherei hereinfällt?

Abgesehen davon ist es eine Schande, wie mit Hilfe dieser Taschenspielertricks versucht wird, die Tarifbeschäftigten gegen die Beamtenschaft auszuspielen.

Im Übrigen: Hier geht es nicht nur um läppische 20 € mehr oder weniger. Hier geht es um Gerechtigkeit, um Vertrauen in die Zusage des Ministerpräsidenten. Es geht auch um Vertrauen in die Politik insgesamt.

Verschärft wird die Vertrauenskrise noch durch die Tatsache, dass die meisten anderen Landesregierungen die Tarifvereinbarungen ohne Kürzungen für ihre Beamten übernommen haben.

Die kleingeistige Sichtweise der NRW-Landesregierung hat mit der Verantwortung für ihre Beamtenschaft

nichts mehr zu tun. Diese Landesregierung handelt verantwortungslos. Ihr Verhalten grenzt auch an politisches Harakiri.

Ein Markenzeichen dieser Landesregierung ist ihre Unglaubwürdigkeit geworden.



Aber irgendwann ist das Maß voll. Die Beamtinnen und Beamten werden sich spürbar wehren. Spätestens bei den nächsten Wahlen.



POLITIK IN NRW

# Vertrauensbeweis für die GdP

Bei den Wahlen zu den Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) vom 7. bis 9. April 2009 erzielte die GdP eindeutige Mehrheiten. Im Bereich der Polizei des Landes NRW errangen GdP-Kandidatinnen und Kandidaten in der PHJAV im Innenministerium vier von fünf Mandaten.

Klare Mehrheiten erreichten die GdP-Kandidaten auch bei den örtlichen JAV-Wahlen in den Bereichen Hagen, Dortmund, Bielefeld, Düsseldorf, Köln, Aachen, Bonn, Münster, Gelsenkirchen und LZPD. Insgesamt erzielte die GdP 79 von 91 zu vergebenden Mandaten.

Frank Richter, Vorsitzender des GdP-Landesbezirks: „Die Gewerkschaft der Polizei hat sich aus guten Gründen für die Schaffung einer eigenen Jugend- und Auszubildendenvertretung

eingesetzt. Bei den bisherigen Wahlen haben die Wählerinnen und Wähler dies honoriert. Andere Organisationen haben

## Die Verteilung der Mandate

	Gesamtmandate	GdP	DPOLG
PHJAV	5	4	1
Hagen	7	7	
Dortmund	7	7	
Bielefeld	11	9	2
Duisburg	11	4	7
Düsseldorf	5	5	
Köln	11	11	
Aachen	5	5	
Bonn	5	5	
Münster	11	9	2
Gelsenkirchen	11	11	
LZPD	2	2	
<b>Gesamt:</b>	<b>91</b>	<b>79</b>	<b>12</b>

dies offenbar auch diesmal anders gesehen. So traten in den Bereichen der Poli-

zeipräsidien Hagen, Dortmund, Düsseldorf, Köln, Aachen, Bonn, Gelsenkirchen und LZPD diesmal ausschließlich Kandidatinnen und Kandidaten der GdP an. Die gewählten Vertreterinnen und Vertreter in den Jugend- und Auszubildendenvertretungen können auf unsere Unterstützung bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zählen.“

Die Polizei-Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung beim Innenministerium NRW besteht damit aus Alexander Koch (GdP), Inga Pleger (GdP), Katrin Haverkamp (GdP), Ernst Herget (GdP), Clemens Tabke (DPoLG). Die konstituierende Sitzung, in der die PHJAV ihre(n) Vorsitzende(n) wählt, findet am 21. April 2009 im Innenministerium statt.



„Arbeit für alle bei fairem Lohn“ – unter diesem Motto stehen die Mai-Kundgebungen 2009 des DGB. GdP-Landesvorsitzender Frank Richter spricht auf der Mai-Kundgebung der DGB-Region Niederrhein im Landschaftspark Nord in Duisburg (12.00 Uhr). Eine Übersicht über alle größeren Mai-Demonstrationen in NRW steht auf der DGB-Homepage [www.nrw.dgb.de](http://www.nrw.dgb.de) Anders als für die meisten anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist der 1. Mai allerdings auch in diesem Jahr für viele Polizistinnen und Polizisten kein arbeitsfreier Tag. Für die 18 Hundertschaften in NRW besteht sogar eine Dienstfreisperre. Ein Teil von ihnen soll wie bereits in den Vorjahren auch in diesem Jahr in anderen Bundesländern eingesetzt werden.

Anlässlich des 50. Geburtstages des Landesvorsitzenden Frank Richter fand in Düsseldorf im Tanzhaus NRW ein Empfang statt. Eine große Schar von Gästen aus der Politik, dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften sowie aus der Bundes- und Landes-GdP nutzte die Gelegenheit, um Frank Richter zu seinem runden Geburtstag zu gratulieren. In mehreren Redebeiträgen wurden die gewerkschaftlichen Aktivitäten des Landesvorsitzenden und sein soziales Engagement für Lateinamerika gewürdigt. Aus diesem Grunde war das Geburtstagsprogramm neben einer kabarettistischen Darbietung als besondere Überraschung auch durch eine folkloristische Tanzgruppe geprägt. Foto: Landrat Thomas Hendeke, GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg, GdP-Landesvorsitzender Frank Richter, Inspekteur der Polizei Dieter Wehe und stellv. GdP-Landesvorsitzender Peter Hugo.



Anzeige

**Profitieren Sie von Ihrem Berufsstand! Senken Sie Ihre Belastung!**

TOP-Konditionen für Beamte und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst für private Anschaffungen/als Entschuldungsprogramm

Mit Festzinsgarantie über 12, 15 oder 20 Jahre; ab 5,50%, eff. 5,88% schnelle Abwicklung; bis 80.000 Euro

Beamtenwirtschaftsservice

Alfred Jaeger  
Hermann-Löns-Weg 12  
51580 Reichshof

Tel.: 0 22 96-90 87 28

Fax: 0 22 96-90 89 60

E-Mail: [alfred-jaeger@t-online.de](mailto:alfred-jaeger@t-online.de)



# Anteil des höheren Dienstes aufstocken!

Nur 696 der 45 000 Beschäftigten der Polizei in Nordrhein-Westfalen zählen zum höheren Dienst (bis A 16). Das sind gerade einmal 1,5 Prozent aller Stellen. Faktisch gibt es deshalb bei der Polizei in NRW keine zweigeteilte Laufbahn, sondern eine eingeteilte Laufbahn. Denn nur ganz wenige Polizeibeamtinnen und -beamte haben in ihrem Berufsleben die Chance, jemals den höheren Dienst zu erreichen. Zu wenige, wie die GdP mit Blick auf den tatsächlichen Bedarf an Führungspositionen bei der Polizei meint. Auf ihrer Führungskräfte Tagung Ende März in Sprockhövel hat die GdP deshalb erste Eckpunkte präsentiert, wie Zahl der Stellen im höheren Dienst an den tatsächlichen Bedarf angepasst werden können. Im Detail fordert die GdP:

- eine Anhebung des Anteils des höheren Dienstes im Stellenplan von derzeit 1,5 Prozent auf mittelfristig 2 Prozent und auf langfristig 4 Prozent,
- eine klare Perspektive für alle Polizeibeamten, die die Laufbahn des höheren Dienstes eingeschlagen haben, dass sie mindestens die Besoldungsgruppe A 15 erreichen können,
- eine Evaluierung des Auswahl- und Ausbildungskonzeptes (Förderphase),
- eine Ausweitung der Zugangschancen für den höheren Dienst auf 40 bis 50 Kandidatinnen und Kandidaten pro Jahr,
- die Eröffnung von Aufstiegschancen in höheren Dienst sowohl für Laufbahnbeerber als auch Seiteneinsteiger,
- die Einführung eines prüfungserleichter-

ten Aufstiegs von A 13 gehobener Dienst nach A 13/A 14 höherer Dienst (für qualifizierte Polizeibeamtinnen und -beamte mit Führungserfahrung im Alter um die 50 Jahre), um dadurch zum Beispiel die bestehenden Personalengpässe an den Fachhochschulen bzw. in den Behörden in Ostwestfalen mindern zu können,

- die Entwicklung konkreter Personalentwicklungspfade für die einzelnen Beschäftigten im höheren Dienst,
- sowie eine Zulassung von Polizeibeamten als Behördenleiter (transparentes Auswahlverfahren).

Die Forderungen der GdP wurden von den Führungskräften der nordrhein-westfälischen Polizei ausdrücklich unterstützt. Sie sollen jetzt von einer Arbeitsgruppe des Landesbezirks weiter konkretisiert werden.

Zu den ebenfalls während der Tagung intensiv diskutierten Punkten gehörten auch die Anforderungen an das betriebliche Eingliederungsmanagement bei der Polizei. Hintergrund der Diskussion ist eine Umfrage der GdP, die erhebliche Defizite in diesem Bereich offengelegt hatte. So stieg die Zahl der beschränkt verwendungsfähigen Polizeibeamtinnen und -beamten in NRW von 2000 bis 2008 um mehr als 500 Prozent. Der Anteil der Polizeibeamten, die innerhalb der letzten zwölf Monate mehr als sechs Wochen krank waren, lag je nach Behörde zwischen 11 und 21 Prozent.

Die GdP fordert deshalb von der Landesregierung den Erhalt der freien Heilfürsorge bei der Polizei, eine Stärkung des po-

lizeiärztlichen Dienstes, ein geordnetes Wiedereingliederungsmanagement und entschiedener Maßnahmen zur Gesundheitsförderung, die den besonderen Belastungen des Polizeiberufes gerecht werden. Im einschlägigen Gesetzestext heißt es dazu: Sind Beschäftigte innerhalb eines Jahres länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig, muss der Arbeitgeber mit Zustimmung und Beteiligung des Betroffenen klären, mit welchen unterstützenden Maßnahmen die Arbeitsunfähigkeit nach Möglichkeit überwunden werden kann und mit welchen Leistungen oder Hilfen einer erneuten Arbeitsunfähigkeit vorgebeugt und der Arbeitsplatz erhalten werden kann (betriebliches Eingliederungsmanagement). Diese Anforderungen müssen nach Meinung der GdP auch bei der Polizei gelebt werden.

Strategisches Personalmanagement heißt zudem auch: auf den einzelnen Menschen zuzugehen mit dem festen Willen, ihm zu helfen, eine Polizeikultur leben, in der tatsächlich der Mensch wieder im Mittelpunkt steht – und nicht allein die strategische Ausrichtung, die Steuerung bzw. die Kennzahlen der Gefahrenabwehr, die Einsatzbewältigung, die Kriminalitäts- und Verkehrsunfallbekämpfung. „Wenn in der Polizei glaubhaft rüberkommt, dass Mitarbeiterorientierung für uns die entscheidende Basis für Qualität ist, dann werden wir erfolgreich sein und unsere Potenziale ausschöpfen“, betonte der stellvertretende Landesvorsitzende Herbert Uebler.



Polizeibeamte und Feuerwehrleute aus ganz NRW haben am 24. Februar in Sichtweite des Düsseldorfer Landtags mit ihrem eigenen Körper das Wort „Wortbruch“ nachgestellt, um so Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) vor einem drohenden Bruch seines Versprechens zu warnen, die Bezüge der Beamtinnen und Beamten in diesem Jahr im gleichen Umfang zu erhöhen wie die Einkommen der Tarifbeschäftig-

ten. Die Aktion war Teil der von der GdP organisierten Mahnwache vor der Düsseldorfer Staatskanzlei, an der sich mehr als 800 Polizeibeamte und rund 200 Feuerwehrleute beteiligt haben.

Bei der Mahnwache kritisierte der GdP-Vorsitzende Frank Richter das vom Landeskabinett geplante erneute Sonderopfer der Beamten als „nicht nachvollziehbar“. Die Einkommen der Beamten seien in NRW in den vergangenen fünf Jahren um mehr als 17 Prozent gesunken. Durch Jahre ohne jede Gehaltserhöhung, durch Streichung des Urlaubs- und Reduzierung des Weihnachtsgeldes und durch eine Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich. Die Beamten hätten deshalb einen Anspruch auf die von Rüttgers immer wieder versprochene Übernahme des Tarifabschlusses ohne jeden Abstrich. So wie das die Landesregierungen von Baden-Württemberg, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Sachsen und des Saarlandes bereits für ihre Beamten angekündigt haben. „Uns geht es nicht nur um die 20 Euro, die uns Rüttgers Monat für Monat vorenthalten will“, erklärte Richter während der Mahnwache, „sondern uns geht es auch um die Glaubwürdigkeit der Landesregierung. Uns geht es darum, einen Wortbruch zu verhindern, der das Verhältnis der Polizisten zu Ministerpräsident Rüttgers lange Zeit nachhaltig belasten würde.“

Die GdP wird die für Mai geplanten Beratungen des Landtags über die Beamtenbesoldung mit weiteren Aktionen begleiten.



## Landesbeamten- gesetz

Mit der Änderung des Grundgesetzes vom 28. 8. 2006 (Föderalismusreform) ist die Rahmenkompetenz des Bundesgesetzgebers zum Erlass des Beamtenrechtsrahmengesetzes entfallen.

Anstelle der bisherigen Rahmengesetzgebung ist eine auf das Statusrecht beschränkte konkurrierende Gesetzgebungsbefugnis getreten.

Das Beamtenstatusgesetz trat in den wesentlichen Bestimmungen zum 1. 4. 2009 in Kraft.

Das Land NRW hat im neuen Landesbeamtengesetz die einzelnen Normen angepasst. Dabei wurden im Wesentlichen die bisherigen Regelungsinhalte des LBG übernommen.

Trotz der Ankündigung der Landesregierung, lediglich eine „technische Anpassung“ vornehmen zu wollen, gingen der Entwurf und das nunmehr in Kraft getretene Gesetz mit den Änderungen bei der Wochen- und Lebensarbeitszeit über eine technische Novellierung hinaus.

### Die wesentlichen Eckpunkte:

- Die Beschränkung, dass die Lebenszeitverbeamtung erst mit Vollendung des 27. Lebensjahres erfolgen kann, ist entfallen.
- Die Probezeit beträgt nunmehr einheitlich für alle Laufbahngruppen drei Jahre.
- Die gesetzliche Altersgrenze wird entsprechend den Neuregelungen in der gesetzlichen Rentenversicherung wirkungsgleich auf die Beamtinnen und Beamten schrittweise auf das vollendete 67. Lebensjahr angehoben.
- Die besondere Altersgrenze für Polizeivollzugsbeamte ist auf das 62. Lebensjahr festgeschrieben.
- Die Wochenarbeitszeit ist ebenfalls auf 41 Stunden festgeschrieben.

Die Regelungen zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit um max. drei Jahre wurden modifiziert wieder ins Gesetz aufgenommen.

- Die Möglichkeit, Altersteilzeit in Anspruch zu nehmen, wird auf den 31. 12. 2012 hinausgeschoben. Diese Regelung erweist sich jedoch als Farce, da der Kabinettsbeschluss zur Nichtanwendung der Altersteilzeit nach wie vor besteht.

Vor der Landtagswahl im Jahre 2010 ist nicht davon auszugehen, dass die Landesregierung eine weitere Dienstrechtsreform in die Wege leiten wird. Im Rahmen der Beteiligung an dieser zu erwartenden Reform wird sich die GdP konstruktiv zum Wohle ihrer Mitglieder beteiligen.

## Wir sind die GdP



265 Mitglieder zählt die Kreisgruppe Wasserschutzpolizei der GdP. Verteilt auf zwölf Dienststellen von Minden bis Bonn, und auf eine eigene Bootswerft mit Standorten in Münster und Ruhrort. Auch eine eigene Kriminalabteilung gehört mit zum Organisationsgebiet. Seit der Eingliederung der Wasserschutzpolizei in das Polizeipräsidium Duisburg ist die Kreisgruppe Wasserschutzpolizei so etwas wie ein Exot im Polizeibereich. Das letzte NRW-weite Bindeglied, das die Interessen der Wasserschutzpolizei zwischen den einzelnen Dienststellen koordiniert.

Wer den Kreisgruppenvorsitzenden Achim Blömacher oder Vertrauensmann Peter Manderfeld fragt, was die typischen Wünsche der eigenen Mitglieder sind, erfährt viel über die Probleme, die es auch in anderen Kreisgruppen gibt: über die Unzufriedenheit mit dem permanenten Gehaltsabbau bei der Polizei, über die Enttäuschung über den Wortbruch der Landesregierung bei der geplanten Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamten und über den demographischen Wandel. Schon jetzt liegt der Altersdurchschnitt der Wasserschutzpolizei bei über 50 Jahren – trotz der hohen Attraktivität. Einer der Gründe: „Für viele ist die Wasserschutzpolizei die Enddienststelle“, weiß Blömacher. Vier Jahre dauert die Ausbildung, einschließlich des Besuchs der Schule der Wasserschutzpolizeien der Länder in Hamburg. Gefordert wird nicht nur die Seetauglichkeit, sondern auch das Rhein-Schiffahrtspatent und ein Radarpatent. Schließlich ist der Rhein ein internationaler Verkehrsstrom, dessen Regeln in vier Sprachen veröffentlicht werden.

Auch bei der Erweiterung der Aufgaben, die von der Polizei bewältigt werden, ist die Wasserschutzpolizei ein Vorreiter. Längst steht nicht mehr der Einsatz bei Unfällen im Vordergrund der täglichen Arbeit, sondern die Überwachung von Umweltstandards. „Es ist deshalb kein Zufall, dass unsere Mitglieder nicht nur für Zukunftsfragen besonders sensibel sind, sondern dass sie auch offensiv dafür eintreten, dass ihre Arbeit ordentlich bezahlt wird“, meint Blömacher.

### GdP aktiv

**6. 5.**, 15.00 Uhr, Jahreshauptvers. der KG Solingen, Gaststätte „Brauhaus Wasserturm“, Schlagbaumer Str. 125, Solingen

**7. 5.**, 10.00 bis 15.30 Uhr, „Kriminalität von Rechts – eine Herausforderung für Polizei und Gesellschaft“, Forum Kriminalpolitik der GdP, Ibach-Saal im Stadtmuseum Düsseldorf, Berger Allee 12, Düsseldorf, Infos: Martin Volkenrath, Tel. 02 11/2 91 01 42

**7. 5.**, 11.00 Uhr, GdP-Landes-Skat-Turnier, Biggese, Schiffsanlegestelle

Sundern, Anmeldung: Petra Neumann, Tel. 02 11/2 91 01 13

**11. 5.**, Mitgliedervers. der KG Wasserschutzpolizei auf dem Polizeischiff, 15.00 Uhr Abfahrt des Schiffes vom Steiger vor der Hohenzollernbrücke in Köln

**14. 5.**, 16.30 Uhr, Jahreshauptvers. der KG Herford, Gaststätte „Alter Dorfkrug“, Bündler Straße 221, Hiddenhausen

**14. 5.**, 14.15 Uhr, Mitgliedervers. KG Essen, Norbertstraße

**26. 5.**, 14 Uhr, Mitgliedervers. der KG Köln



## Alfred Dietel ist tot

Im Alter von 81 Jahren verstarb Alfred Dietel am 20.3.2009. Alfred Dietel trat 1948 in den Polizeidienst ein und wurde 1959 Kommissar. Nach seinem Aufstieg in den höheren Dienst war er Fachlehrer an der höheren Landespolizeischule „Carl-Severing“ und an der Polizei-Führungs-Akademie Hiltrup. Sachgebietsleitungen im Verkehrs- und Einsatzbereich beim Polizeipräsidenten Dortmund folgten 1981 im Innenministerium die Leitung des Referates „Einsatz der Schutzpolizei“ und 1983 die Übernahme der Dienstgeschäfte als Inspekteur. Im Juni 1984 wurde Alfred Dietel Inspekteur der Polizei NRW.

Alfred Dietel gehörte jahrzehntelang zu den profiliertesten Beratern der GdP auf Bundes- und Landesebene. Seine Einstellung zum Bild einer nach demokratischen Grundsätzen ausgerichteten Polizei bleibt prägend. Zahlreiche Publikationen – insbesondere die Mitautorenschaft des richtungsweisenden Kommentars zur Demonstrations- und Versammlungsfreiheit machten Alfred Dietel bekannt. Unvergessen seine

Thesen zur (damals neuen) Rolle der Polizei bei Arbeitskämpfen (Streik und Aussperung), die nicht nur in der Gewerkschaftswelt große Beachtung fanden.

Als Polizeipraktiker und Einsatzleiter entwickelte Alfred Dietel polizeiliche Vorgehensweisen, die einerseits friedlichen Demonstrationen die Ausübung ihres Grundrechtes ermöglichten, andererseits halfen, Straftäter gerichtsfest zu überführen. Er galt zu Recht als Verfechter einer bürgernahen und zivilen Polizei.

Auch wenn er sich nie um gewerkschaftliche Ämter bemühte, übernahm er – auch nach seinem Eintritt in den Ruhestand im Juli 1987 – weiterhin Aufgaben, die über seinen Arbeitsbereich hinausgingen. Er hatte Visionen und entwickelte dazu Strategien. Sein Wirken führte dazu, dass ihm am 27. 5. 1987 das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse durch den Bundespräsidenten verliehen wurde.

Für seine Nachwelt hat Alfred Dietel seinen eigenen Text hinterlassen, in dem er Zufriedenheit mit seiner Lebensleistung äußert. Wissen sei ihm stets wichtiger als Glauben gewesen. Wer eine gute Erinnerung an



ihn habe, möge zum Gedenken daran ein Gläschen guten Weines leeren ...

Die Gewerkschaft der Polizei hat dem vorbildlichen Polizeiführer und überzeugten Gewerkschafter, einem verlässlichen Freund und Kollegen, viel zu verdanken. Seinem erfolgreichen und nachhaltigen Wirken zollen wir großen Respekt.



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe:  
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

**Geschäftsstelle:**  
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf  
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf  
Telefon (02 11) 2 91 01-0  
Internet: [www.gdp-nrw.de](http://www.gdp-nrw.de)  
E-Mail: [info@gdp-nrw.de](mailto:info@gdp-nrw.de)

**Redaktion:**  
Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)  
Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 32  
Telefax: (02 11) 2 91 01 46  
E-Mail: [stephan.hegger@gdp-online.de](mailto:stephan.hegger@gdp-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3 a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Anzeigenleiter: Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31  
vom 1. Januar 2008

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42–50, 47608 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe  
ist der 8. Mai.**

**GdP-Service GmbH NRW:**  
Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf  
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45  
Telefax: (02 11) 2 91 01 15  
Internet: [www.gdp-service-nw.de](http://www.gdp-service-nw.de)  
E-Mail: [penguin@gdp-service-nw.de](mailto:penguin@gdp-service-nw.de)

## Die GdP gratuliert

### zum 90. Geburtstag

- 8. 5. Maria Erika Schneider, Remscheid
- 10. 5. Franz Reimer, Köln
- 22. 5. Margarethe Schulitz, Mülheim
- 23. 5. Cäcilie Alex,  
Bad Neuenahr-Ahrweiler
- 25. 5. Magdalene Kromer, Leichlingen  
Maria Wetzel, Krefeld
- 26. 5. Elsbeth Pohl, Moers

### zum 91. Geburtstag

- 3. 5. Joseph Blum, Köln
- 4. 5. Klara Kleine, Essen  
Hans Walter, Lippstadt  
Fritz Scheffler, Münster
- 12. 5. Elisabeth Dierkes, Wuppertal
- 13. 5. Gertrud Koch, Remscheid
- 17. 5. Maria Panz, Mülheim
- 23. 5. Hildegard Topel, Essen

### zum 92. Geburtstag

- 6. 5. Margarethe Tschsch, Düsseldorf
- 13. 5. Hildegard Gronostey, Baesweiler
- 16. 5. Erna Wotka, Minden

### zum 93. Geburtstag

- 6. 5. Hilde Rehkopp, Hagen
- 9. 5. Ernst Bolte, Hamm
- 13. 5. Brunhilde Jung, Recklinghausen
- 27. 5. Therese Steinhoff, Bochum

### zum 95. Geburtstag

- 13. 5. Berta Kreis, Hattingen  
Hermann Stadelmaier, Aalen
- 20. 5. Wilhelm Breil, Bochum

### zum 96. Geburtstag

- 15. 5. Anna Krückel, Baesweiler
- 23. 5. Hildegard Steinhoff, Kamen

### zum 97. Geburtstag

- 13. 5. Heinrich Spohr, Lachendorf
- 19. 5. Emma Lenz, Wuppertal
- 27. 5. Klara Bosbach, Essen
- 30. 5. Anna Mediger, Köln

### zum 99. Geburtstag

- 27. 5. Liesel Lamm, Düsseldorf
- 31. 5. Margarete Pfeifers, Gelsenkirchen

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**



# Aktuelle Angebote

Ihres **GdP-Reisebüro**  
in Kurzfassung - Mai 2009



## Mallorca / Paguera 4,5\* DeLuxe Hotel Palmira Beach



**Das großzügige DeLuxe Hotel der gehobenen Mittelklasse überzeugt durch seinen Komfort und seinen besonders freundlichen Service. Die ansprechend eingerichteten Zimmer sind wahlweise auch mit Meerblick buchbar. Die schöne Swimmingpoollandschaft liegt in einem großen terrassenförmig angelegten Garten mit Pinien und Palmen.**

**Zum Beispiel:  
10 - 17.Mai 2009  
Flug ab/bis Dortmund  
Doppelzimmer mit Halbpension  
pro Person ab € 441,-**



**GdP-Service GmbH NRW • Gudastr.9 • 40625 Düsseldorf**  
Tel.: 0211/29101-44/45/64 • Fax: 0211/29101-15 [www.gdp-service-nw.de](http://www.gdp-service-nw.de) • [pinguin@gdp-service-nw.de](mailto:pinguin@gdp-service-nw.de)

## Kein Falschbetanken im Rhein-Erft-Kreis mehr

Bis zu Tausend Euro Schadenersatzforderungen kommen auf Polizeibeamtinnen und -beamte zu, wenn sie aus Versehen einen Streifenwagen mit Benzin statt mit Diesel betanken. Ein Fehler, der im hektischen Berufsalltag der Polizei schnell passieren kann, zumal bei einem Fuhrpark mit Diesel- und Benzinmotoren.

Die GdP im Rhein-Erft-Kreis hatte deshalb Ende vergangenen Jahres dem Landrat des Kreises, Werner Stump, ein Probeexemplar eines Sicherheitstankverschlusses geschenkt, der das Falschbetanken unmöglich macht, und hat damit Erfolg: Nach einem dreimonatigen, erfolgreichen Testbetrieb unter Echt-Bedingungen will Landrat Stump jetzt alle 85 Dieselfahrzeuge seiner Kreispolizeibehörde mit dem Tankverschluss nachrüsten.

„Ein Idee, die auch andere GdP-Kreisgruppen übernehmen könnten“, meint Kreisgruppenvorsitzender Mecky Mer-



tens. Im Einzelhandel kostet der Nachrüsttankdeckel, den die Firma KW-Systems Fahrzeugtechnik unter dem Namen „Only Diesel“ auf den Markt gebracht hat, 69 Euro. „Eine Investition, die sich angesichts der horrenden Kosten eines

einzeigen Falschbetankens schnell rechnen könnte“, findet Mertens. Zumindest für eine Übergangszeit, bis alle Dieselfahrzeuge serienmäßig mit einem entsprechenden Tankverschluss ausgestattet sind.

Rechnen könnte sich die Idee auch für die GdP. Denn GdP-Mitglieder, die wegen grober Fahrlässigkeit beim Betanken von ihrem Dienstherrn in Regresspflicht genommen werden, bekommen von der GdP Rechtsschutz. Schadenersatzforderungen ihres Dienstherrn sind notfalls durch die Regressversicherung der GdP abgedeckt.

Mehr Infos: [gdp-erftkreis@web.de](mailto:gdp-erftkreis@web.de)

## Werbeaktion 2009 Glücksnummern des Monats

45 15771  
Hiner Akrawe, Köln  
45 16934  
Claudius Müller, Dortmund  
45 16938  
Alexander Schneider, Münster  
45 16561  
Moritz Nähler, Bielefeld

**Die Gewinner erhalten je zwei Eintrittskarten für die Ruhrfestspiele.**

## Senioren aktuell

### Kreisgruppe Aachen

19. Mai, 14.00 Uhr, Frühjahrswanderung mit Rolf Renner entlang der Wurm, Treffpunkt: Parkplatz Blauer Stein, Paulinenwäldchen, Anmeldung: Ralf Dünzer, 02 41/95 77-2 30 03

### Kreisgruppe Coesfeld

27. Mai, 14.30 Uhr, Vortrag „Altersgerechte Ernährung“, St.-Barbara-Haus, Kappellenweg 75, Dülmen

### Kreisgruppe Köln

Im Mai **kein** Treffen. 18. Juni Mitgliederversammlung, 14 Uhr, Pfarrhaus von St. Georg, Köln.

### Kreisgruppe Höxter

14. Mai, 15 Uhr, Hotel Löseke, Brakel  
Treffen mit Partner/Partnerin.

## NACHRUF

Bongartz, Dieter	24. 2. 1943	Duisburg	Meerfeld, Maria	1. 12. 1920	Bochum
Bösche, Katharina	15. 3. 1913	Köln	Miehseler, Michael	22. 3. 1923	Euskirchen
Buchholz, Otto	6. 10. 1920	BR Detmold	Müller, Irma	1. 6. 1921	Lippe
Büttner, Edmund	21. 1. 1921	Bochum	Münch, Hedwig	19. 9. 1926	Heinsberg
Deutscher, Roland	4. 2. 1946	Bielefeld	Pitter, Heinrich	21. 11. 1942	Rheinisch Bergischer Kreis
Dietel, Alfred	27. 6. 1927	Coesfeld			Oberhausen
Ehlenbeck, Günter	29. 6. 1926	Mettmann	Porsch, Walter	9. 3. 1920	Wuppertal
Fichte, Otto	22. 7. 1922	Wuppertal	Reinoss, Gerda	8. 11. 1923	Mönchengladbach
Franke, Günter	24. 11. 1923	Düsseldorf	Schwiars, Heinrich	27. 4. 1922	Köln
Gernhöfer, Else	1. 12. 1918	Minden-Lübbecke	Simon, Hedwig	18. 5. 1909	PP Dortmund-Autobahnpolizei
Graumann, Katharina	26. 7. 1910	Märkischer Kreis	Sonnenburg, Hans-Dieter	21. 7. 1936	Krefeld
Hampe, Anneliese	6. 4. 1921	Bochum			IAF Selm
Haslinger, Rolf	29. 9. 1914	Gelsenkirchen	Spier, Reiner	19. 1. 1944	Duisburg
Hauffe, Wigbert	21. 7. 1941	Oberhausen	Steinkühler, Klemens	23. 5. 1929	Soest
Imm, Irene	13. 10. 1926	Bottrop/Gladbeck	Sucke, Maria	1. 2. 1922	Bochum
John, Willy	11. 1. 1921	Krefeld	Thöne, Marianne	8. 10. 1920	Münster
Klein, Kurt	31. 5. 1927	Gelsenkirchen	Trompeter, Erika	22. 6. 1915	Soest
Köhler, Aloisia	17. 8. 1920	Remscheid	Urban, Werner	29. 3. 1946	Wesel
Lang, Friedrich	27. 4. 1915	Autobahnpolizei	von Boguszewski, Anneliese	31. 1. 1920	Lippe
		Düsseldorf	Weist, Willi	14. 11. 1916	
Latza, Heinz	21. 5. 1916	Oberhausen	Ziems, Fritz	11. 3. 1917	
Loock, Eduard	16. 8. 1925	Aachen			

